

Peter Fuchs, WEED
(Stand: 11/02)

Die Welt als Ware?

Zum Stand der internationalen Handelspolitik zwischen „Doha“ und „Cancún“
/ Von Peter Fuchs (WEED)

- erschienen im Inkota-Brief Nr. 122, Dezember 2002: Handel – global und total. Die Welt als Ware,
www.inkota.de -

Ginge es nach dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), so würde in den nächsten Jahren das neoliberale Projekt, unsere Welt in eine Ware zu verwandeln, auch von Deutschland und der Europäischen Union aus ungebrochen fortgesetzt. Eine diesen Vorstellungen entsprechende Politik hat zwei Stoßrichtungen: Zum einen geht es um die „**innere Landnahme**“, also um die profitorientierte Zurichtung vormals der kapitalistischen Logik entzogener gesellschaftlicher Bereiche. Dazu zählen soziale Sicherungssysteme, öffentliche Dienste, Wasserversorgung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Kultur, Naturressourcen inklusive Gene, soziale Beziehungen. Zum anderen wird eine aggressive **Expansionsstrategie auf dem Weltmarkt** verfolgt, also das Projekt der Globalisierung mittels Handels-, Investitions- und Finanzpolitik aktiv befördert sowie von den Banken und Konzernen technisch und ökonomisch umgesetzt.

Es ist jedoch alles nicht mehr so einfach für den BDI und seine Freunde in der Politik. Die Skepsis und der offene Widerspruch zur „Globalisierung der Konzerne“ wächst, kritische Bewegungen und Diskussionen finden vermehrt Zulauf – und viele Menschen führen sogar wieder, wie besonders prominent in **Porto Alegre** oder zuletzt im November beim **Europäischen Sozialforum** in Florenz, systemkritische Debatten um Alternativen zur „Welt als Ware“. Die herrschende neoliberale Politik, hierzulande in ihrer rot-grünen Variante, hüllt sich daher in Wahlprogrammen, Sonntagsreden und Koalitionsverträgen zunehmend in allerlei sozial-ökologische und Entwicklungs-Rhetorik, bleibt aber im harten Alltagsgeschäft noch fest auf unkritisch-liberalem Kurs.

Dennoch mahnte der **BDI** unlängst die neue alte Bundesregierung unter anderem mit Blick auf die Ende 2001 in Doha/Katar ausgerufene neue Verhandlungsrunde in der Welthandelsorganisation (WTO): „Außenwirtschaftspolitik darf nicht zur Spielwiese umwelt- und entwicklungspolitischer Strategien werden. (...) Der Abbau von Handelshemmnissen muss als zentrale Aufgabe der neuen Welthandelsrunde verfolgt werden.“ Der neue Superminister für Wirtschaft und Arbeit, **Wolfgang Clement**, ließ sich in dieser Frage nicht lange bitten. Zu seinem Amtsantritt sicherte er dem Außenwirtschaftsbeirat, einem Kreis „renommierter Unternehmerpersönlichkeiten verschiedener Branchen“, die das Wirtschafts- und Arbeitsministerium (BMWA) beraten, eine neue **Außenwirtschaftsoffensive** zu. Eine wesentliche Säule seiner Außenwirtschaftspolitik, so ließ Clement verlauten, sei eine noch entschiedenere Marktöffnungspolitik, für die die Bundesregierung in der laufenden Welthandelsrunde eintreten werde.

Sehr treffend hatte zu derlei Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik der portugiesische Literatur-Nobelpreisträger José **Saramago** in einer Rede beim Weltsozialforum in Porto Alegre Anfang des Jahres 2002 formuliert:

„Und als hätten wir keine Augen im Kopf, bemerken wir nicht, dass unsere Regierungen, jene, die wir letzten Endes zum Besseren oder Schlechteren gewählt haben, für die also in

*erster Linie wir verantwortlich sind, Tag für Tag mehr zu den **„Politikkommissaren“ der Wirtschaft** werden, deren eigentliche Aufgabe darin besteht, der Wirtschaft genehme Gesetze auszuarbeiten. Diese Gesetze werden dann, in öffentlichen oder privaten Werbekampagnen mundgerecht aufbereitet.“*

Die mundgerechte Aufbereitung der Welthandelsrunde läuft übrigens unter dem Stichwort „Entwicklungsrunde“ – und als offizielle Bezeichnung wurde von der WTO die euphemistische Formel „Doha Development Agenda“ erkoren.

Die neue Welthandelsrunde

Worum geht es nun in dieser WTO-Runde – und welche Ansatzpunkte für kritische Diskussionen und Kampagnen sind erkennbar? Zur Erinnerung: 1994 ging die letzte große Welthandelsrunde (Uruguay-Runde) zu Ende; die **WTO** wurde gegründet und wie vorab vereinbart begannen im Jahr 2000 neue Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Agrar- und Dienstleistungshandels. Aus Sicht von Entwicklungsländern lag schon alleine in diesen Verhandlungen sowie in den Problemen, die mit den bereits bestehenden WTO-Abkommen aus der Uruguay-Runde vorliegen (so genannte „Implementierungsprobleme“) mehr als genug Arbeit und Reformbedarf für die WTO vor. Doch unter dem geopolitischen Eindruck des 11. September gelang es der beharrlich drängenden EU im Bündnis mit den USA und anderen Industriestaaten bei der 4. WTO-Ministerkonferenz im November 2001 in **Doha/Katar**, eine **neue, noch umfassendere Welthandelsrunde** durchzuboxen. Auf deren Themenliste stehen nun zur parallelen Bearbeitung bis Anfang 2005:

- Die **Agrarverhandlungen**: Hier geht es unter anderem um die Frage des Abbaus von Agrar-(Export-)Subventionen im Norden, um besseren Marktzugang für Agrarexporteur, aber auch um die Forderung, aus entwicklungs- und ernährungspolitischen Gründen heimische Agrarmärkte weiterhin schützen zu können („Development Box“), statt sie dem Freihandel preiszugeben. Radikalere Organisationen der Zivilgesellschaft fordern darüber hinaus, Landwirtschafts- und Ernährungsfragen überhaupt nicht im WTO-Rahmen zu behandeln.
- Die **Dienstleistungsverhandlungen**: Das General Agreement on Trade in Services, kurz GATS, existiert seit 1994. Es ist ein sehr umfassendes Abkommen, das sich auf alle möglichen Dienstleistungen bezieht (von freien Berufen über den Tourismus, Medien, Kultur, Telekommunikation, Finanzdienstleistungen, Versicherungen, Umweltdienste wie Wasserversorgung bis hin zu Transport- und Baudiensten). Es soll dazu dienen, „Handelshemmnisse“ oder als solche betrachtete Regulierungen abzubauen. Ziel ist es, den wettbewerbsfähigsten Dienstleistungsunternehmen – die natürlich vorwiegend aus den Industrieländern kommen – einen möglichst weit reichenden Zugang zu internationalen Märkten und Investitionsstandorten zu verschaffen. Anders als etwa beim alten Handelsabkommen GATT werden im Gats dazu nicht nur Handelsliberalisierungen für grenzüberschreitende Geschäfte festgezurr, sondern auch Investitionsregeln, also Regeln, die Dienstleistungskonzernen Rechte zuschreiben, in anderen Ländern investieren zu können, ohne von dortigen Regulierungen „diskriminiert“ zu werden. Das GATS ist also, wenn auch „nur“ im Bereich der Dienstleistungen, ein multilaterales Investitionsabkommen.
- Der Marktzugang bei Nichtagrarprodukten: Hier wird auf Drängen der Wirtschaft über weitere Zollsenkungen für Industriegüter, aber auch über den Abbau so genannter „nicht-tarifärer Handelshemmnisse“ (z.B. technische oder ökologische Normen) verhandelt. Ein Sonderthema ist die beschleunigte Liberalisierung des Marktes für so genannte „Umweltgüter“, deren Definition allerdings noch völlig unklar ist.

- Die WTO-Regeln zu so genannten Anti-Dumping-Maßnahmen sowie zu Subventionen (einschließlich Fischereisubventionen).
- Handel und Umwelt: Nur einige weniger brisante Teilthemen der schon lange schwelenden „Handel und Umwelt“-Debatte sind seit Doha Verhandlungsthema in der WTO, so vor allem die Frage des Verhältnisses von Multilateralen Umweltabkommen (MEAs) zum WTO-Recht.
- Das TRIPS-Abkommen zum Schutz geistiger Eigentumsrechte: Hier geht es unter anderem um weitere Klärungen zur entwicklungs- und gesundheitspolitisch bedeutsamen Frage des kostengünstigen Zugangs zu Medikamenten sowie um den Konflikt zwischen dem Schutz der Biodiversität einerseits und Konzerninteressen an der Aneignung dieser Biodiversität über Patente etc. andererseits („Biopiraterie“).
- Auch die oben genannten „Implementierungsprobleme“ der Entwicklungsländer stehen auf der Themenliste der WTO-Runde, werden aber stiefmütterlich behandelt. Die Entwicklungsländer fordern eine Überprüfung zahlreicher problematischer Regelungen der Uruguay-Runde sowie eine Konkretisierung der im WTO-Kontext bislang allzu unverbindlich formulierten Regelungen zur „besonderen und differenzierten Behandlung“ für Entwicklungsländer („Special and Differential Treatment“).

Der Konflikt um ein „MAI light“ in der WTO

Bei der nächsten, für den 10. bis 14. September 2003 in **Cancún/Mexiko** geplanten WTO-Ministerkonferenz wird neben einer Zwischenbilanz der derzeit laufenden Welthandelsrunde vor allem eine weitere, strittige Frage im Mittelpunkt stehen: Soll die Agenda der WTO-Runde zusätzlich zu den oben genannten Themen noch um Verhandlungen zu den so genannten „Singapur-Themen“ (Investitionen, Wettbewerb, Öffentliche Beschaffung, Handelserleichterung) erweitert werden oder nicht?

Der BDI hat dazu eine klare Auffassung: „Die Zeit bis zur 5. WTO-Ministerkonferenz im Herbst 2003 muss konsequent genutzt werden, um die danach anstehenden Verhandlungen über Investitionen, Wettbewerbsfragen, Handelserleichterungen und öffentliches Beschaffungswesen möglichst konkret vorzubereiten. In diesen Themenbereichen sollten die Voraussetzungen für zügige, konstruktive Verhandlungen geschaffen werden.“

Die BDI-Formulierung zu den „anstehenden Verhandlungen“ ist irreführend. Bisher gibt es zu den Singapur-Themen nämlich noch kein verbindliches Verhandlungsmandat. Vielmehr wurde – vor allem auf Druck Indiens – diese Frage in Doha nicht abschließend entschieden, sondern festgelegt, dass es nach der 5. Ministerkonferenz (also Cancún) zu Verhandlungen kommen kann, *wenn* dort ein „expliziter Konsens“ aller WTO-Mitgliedstaaten über die Modalitäten solcher Verhandlungen erreicht wird. Jedes WTO-Mitgliedsland hat also weiterhin das Recht, diesen Konsens zu verweigern und somit den Beginn von Verhandlungen zu verhindern.

Während Wirtschaftsvertreter und die EU nun im Vorfeld von Cancún sehr entschieden auf diese zusätzlichen Verhandlungen und damit eine Machtausweitung der WTO drängen, gibt es bei vielen Entwicklungsländern und in der WTO-kritischen Zivilgesellschaft starke Vorbehalte. Widerspruch regt sich vor allem zu neuen Investitionsverhandlungen im WTO-Rahmen. Eine vom „Seattle to Brussels“-Netzwerk („S2B-Network“) initiierte und

inzwischen von zahlreichen Organisationen unterstützte „**Gemeinsame Erklärung der europäischen Zivilgesellschaft gegen ein Investitionsabkommen in der WTO**“ formuliert eine deutliche Absage an die Strategie, nach dem Scheitern des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI) in der OECD (1998) jetzt in der WTO einen zwar etwas flexibleren, von den Zielen her aber unverändert einseitig auf Konzerninteressen ausgerichteten Vertrag durchzuboxen. Zu Recht lassen sich derlei Pläne mit dem Begriff „MAI light“ zusammenfassen (siehe detaillierter WEED/Seattle to Brussels Netzwerk 2002).

Neue Akteure und Kampagnen in der Handelspolitik

Die Welthandelsrunde läuft also – und mit Cancún steht im nächsten Herbst ein Groß- und Protestereignis bevor, auf dem eine Schlüsselentscheidung zur Zukunft der WTO getroffen wird. Entweder wird sie im Widerspruch zu allen schönen Worten von einer „Entwicklungsrunde“ zu einem noch mächtigeren Instrument zur Durchsetzung der Agenda des Nordens und der Konzerne ausgebaut oder es gelingt, den Liberalisierungszug anzuhalten und die neoliberale Handelspolitik insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Auf welcher Seite der Barrikaden der BDI und Minister Clement stehen werden, ist klar. Hoffnungsvoller stimmt, dass sich in Deutschland derzeit neue Akteure ins handelspolitische Getümmel stürzen:

- **Attac und die Gats-Kampagne:** Das weiter wachsende Attac-Netzwerk in Deutschland hat für die Arbeit des kommenden Jahres Gats/WTO zu einem Schwerpunktthema erkoren und eine phantasievolle und dezentral getragene Gats-Kampagne gestartet (siehe Kasten auf Seite ???). Weitere Bündnispartner – etwa bei Gewerkschaften und Studierendenorganisationen – wurden bereits gewonnen und man darf auf die Dynamik der Gats-Debatte der kommenden Monate gespannt sein.
- Ein **deutsches „Trade Justice Movement“** nach englischem Vorbild?: In England arbeitet seit einiger Zeit erfolgreich ein beeindruckend breit getragenes Bündnis zu handelspolitischen Fragen mit dem Namen „Trade Justice Movement“. Im Zentrum ihrer bewusst positiv gehaltenen Kampagnenerklärung steht der Ruf nach Gerechtigkeit im Welthandel und nach Umsetzung konkreter Reformforderungen zur Welthandelspolitik. Ermuntert von den englischen AktivistInnen und inspiriert von deren Materialien und Mobilisierungserfolgen wird derzeit im Kreise deutscher NRO erwogen, eine ähnliche Kampagne loszutreten.

MitstreiterInnen sind bei beiden Netzwerken willkommen! Denn unsere Welt ist keine Ware!

Peter Fuchs, Sozialökonom, ist Referent für Internationale Handels- und Investitionspolitik bei WEED. Kontakt: Peter.Fuchs@weed-online.org.

Literatur/Informationen:

- Attac-Websites zur WTO/Gats-Arbeit: www.wto-kritik.de u. www.gats-kritik.de
- Thomas Fritz, Christoph Scherrer: GATS: Zu wessen Diensten? – Öffentliche Ausgaben unter Globalisierungsdruck. AttacBasisText 2, VSA-Verlag, Hamburg 2002.
- Trade Justice Movement: <http://www.tradejusticemovement.org/>
- WEED/Seattle to Brussels Netzwerk 2002: Investitions- und Wettbewerbsverhandlungen in der WTO: Gefahren und Alternativen, WEED-Arbeitspapier, erhältlich ab Mai 03 via: www.weed-online.org. Die englische Fassung des Textes steht kostenlos zum download unter: www.s2bnetwork.org.